

## NIEDERSCHRIFT

### über die 29. Beratung des Finanzausschusses am 07.09.2023

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10, Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:30 Uhr  
**Ende:** 22:37 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Eröffnung der heutigen Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Herr Baumgraß --> dafür nimmt Herr Jantc an dieser Sitzung teil

Frau Linke

Herr Krüger

#### **TOP 2 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners des Finanzausschusses**

Herr Warnick verpflichtet Frau Rose als Sachkundige Einwohnerin des Finanzausschusses und verliest die Verpflichtungserklärung. Im Anschluss überreicht er die Ernennungsurkunde.

Frau Rose möchte alle Unterlagen, auch das Sitzungsprotokoll in digitaler Form bekommen.

- Herr Templin und Herr Gutheins nehmen ab 18:36 Uhr an dieser Sitzung teil. Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

**TOP 3      Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 7. September 2023**

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 7. September 2023 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

**TOP 4      Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses am 15. Juni 2023**

Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15. Juni 2023 wird festgestellt.

**TOP 5      Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 15. Juni 2023**

Offene Festlegungen gibt es derzeit keine.

Alle Festlegungen sind abgearbeitet.

**TOP 6      Stärkung des Familienzentrums Kleinmachnow**

**DS-Nr. 010/23**

**Beschlussvorschlag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Jahr 2023 finanzielle Mittel (ggf. im Nachtragshaushalt) für eine weitere Stelle für den Aufbau und die inhaltliche Ausgestaltung des Familienzentrums (mindestens 75% Stelle, unbefristet) dem Träger zur Verfügung zu stellen. Die Stelle soll alsbald möglich besetzt werden. Des Weiteren wird die Kommune dem Familienzentrum ein eLastenrad zur Verfügung stellen.

Über das Angebot und die Arbeit des Familienzentrums soll mindestens 1x im Jahr in der Gemeindevertretung durch die Leiterin informiert werden.

Diese Beschlussvorlage wurde im Kulturausschuss wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Pichl führt in die Beschlussvorlage ein.

Frau Richel merkt an, dass die Koordinatorin im Familienzentrum angestellt ist. Bei Krankheit ist für die Vertretung der Träger verantwortlich und nicht die Gemeinde. Die Sachleistung (ein Lastenfahrzeug) ist in der Beschlussvorlage inbegriffen. Frau Richel wird diesen Antrag

ablehnen.

Herr Templin sieht beim Familienzentrum strukturelle Fragen. Zunächst muss geklärt werden, wo die zusätzliche Stelle angesiedelt ist, bei der Gemeinde oder dem Familienzentrum. Des Weiteren sind die Arbeitsbedingungen im Familienzentrum zu klären.

Frau Braune führt aus, dass sie mit Herrn Kullack Rücksprache genommen hat und die zusätzliche Stelle über den Träger angestellt und die Gemeinde einen Zuschuss an den Träger zahlen wird. Die Gemeinde erhält vom Landkreis Fördermittel, die Höhe konnte nicht beziffert werden.

Frau Medczinski unterstreicht die weitere Stelle, da von der einen Person nicht nur die eigentliche Arbeit des Familienzentrums abgedeckt werden muss. Diese Person nimmt auch an diversen Beratungen teil.

Frau Richel unterstreicht, dass der jetzt ausgewählte Träger eine dezentrale Umsetzung des Familienzentrums als schwierig einstuft. Ein sehr gutes Beispiel für ein gut laufendes Familienzentrum ist Brück.

Herr Templin wird diese Beschlussvorlage in dieser Form ablehnen. Der Träger ist gefordert, einen Antrag bei der Gemeinde zustellen, was er benötigt und was er machen möchte.

Herr Priebe führt aus, dass es zum einen ein konzeptionelles Problem gibt. Hierbei geht es um die Pflichten des Trägers. Des Weiteren ist zu prüfen, welche Fördermittel es gibt und in welcher Höhe. Dementsprechend wird ein vernünftiges Konzept benötigt. Die FDP lehnt diese Beschlussvorlage in dieser Form ab.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 010/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 010/23 erfolgt mit 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung.

An der Diskussion beteiligten sich:

Frau Pichl, Frau Richel, Frau Rose, Herr Templin, Frau Medczinski und Herr Priebe

**TOP 7**

**Erweiterung des Familienzentrums Kleinmachnow zum "Haus der Generationen"**

**DS-Nr. 042/23**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bürgermeister wird damit beauftragt, ab 01.01.2024 die bisherige Seniorenfreizeiteinrichtung „Toni Stemmler“, Hohe Kiefer 41, 14532 Kleinmachnow, in Kooperation mit dem Träger des Familienzentrums Kleinmachnow, Stiftung JOB, zum „Haus der Generationen“ weiter zu entwickeln.
2. Als Grundlage dient das Arbeitspapier „Gemeinsam statt einsam – wir gestalten einen Ort mit und für Vielfalt“ (**s. Anlage 1**) und die Konzeption Familienzentren im Landkreis Potsdam-Mittelmark (**s. Anlage 2**).
3. Im Haushalt 2024 sind im Produkt 36700100 hierfür Mittel für entsprechende Zuschüsse in Höhe von insgesamt 323.300 EUR bereit zu stellen.

Diese Beschlussvorlage wurde im Kulturausschuss wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mit Änderungsvorschlag

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage und verweist darauf, dass es im Kulturausschuss einen Änderungsvorschlag gab, der von Seiten der Vorsitzenden des Kulturausschusses noch nicht unterschrieben wurde. Das Abstimmungsergebnis ist

7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen.

Bei dem Änderungsvorschlag geht es darum, dass ein Beispiel-Monatsplan für die Veranstaltungen und Angebote in der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen dem Träger und den bestehenden Seniorengruppen vorgelegt werden soll.

Frau Schwarzkopf stellt klar, dass es sich bei dem Monatsplan um einen Raum- und Zeitplan handelt.

Frau Braune erläutert in Bezug auf die Anmerkung von Frau Rose zu den bevorstehenden Sanierungen des Gebäudes, dass die Sanierung nicht mit einem Mal vorgenommen werden kann, sondern über einen längeren Zeitraum erfolgen wird. Ein entsprechendes Konzept wird gerade erarbeitet. Zunächst erfolgt Anfang 2024 die Sanierung der Toiletten.

Frau Richel weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage nicht schlüssig und auch nicht vollständig ist. Es wird mehr Verwaltungszuarbeit gewünscht. In Anlage 1 geht es um die Kooperationsvereinbarung. Laut dieser Anlage war ein Mitteleinsatz von 66.000 EUR für Toni Stemmler und das Familienzentrum vorgesehen. Im Haushalt stehen für das Familienzentrum 46.500 EUR und über 91.000 EUR für Toni Stemmler (Vereinsförderung). Frau Richel möchte wissen, ob der Träger nach Tarif zahlt. Es ist nicht ersichtlich, wer ist für was zuständig. Die Zielvorgabe in der Kooperationsvereinbarung fehlt. Das Gebäude Toni Stemmler soll Anfang nächsten Jahres für 6 Wochen geschlossen werden. Es geht hier nicht daraus hervor, ob es eine Übergangslösung in Meiereifeld 33 gibt. Die Verantwortlichkeiten sind nicht geregelt. Gibt es eine Ressourcenzusammenfassung beim Personal mit dieser Kooperation? Wie sind die Kostenveränderung bzw. Synergieeffekte? Wie soll mit den Leitlinien des Familienzentrums vom Landkreis eine Kooperation funktionieren? So kann die Drucksache nicht beschlossen werden.

Herr Templin plädiert dafür, dass sich die Bedingungen für die Senioren nicht verschlechtern. Die Gemeindevertretung sollte beschließen, dass Toni Stemmler weiterhin als Seniorenfreizeiteinrichtung bleiben soll. Dementsprechend sollte das Gebäude saniert und ausgestattet werden. Das Personal sollte von der Gemeinde übernommen werden. Mit der Betreuung des Gebäudes als Mehrgenerationshaus ist eine beliebige Erweiterung nicht gegeben und die Bedingungen für die Senioren verschlechtern sich. Herr Templin schlägt vor, dass ein Antrag in der Gemeindevertretung mit dem Inhalt gestellt werden soll, dass das Toni Stemmler weiterhin als Seniorenfreizeiteinrichtung durch die Gemeinde betrieben wird und das Personal in die Gemeinde übergeht. Die Sanierung soll kurzfristig erfolgen und die Bauverwaltung sollte dazu einen entsprechenden Errichtungsbeschluss vorbereiten.

Herr Priebe weist auf die ungeklärte Finanzierung hin. Eine vernünftige Konzeption liegt nicht vor.

Frau Schwarzkopf findet es schade, wenn die Beschlussvorlage zerredet wird und plädiert für die Zustimmung zur bestehenden Beschlussvorlage.

Herr Warnick erläutert nochmals den Anwesenden kurz die Entwicklung der Seniorenfreizeiteinrichtung, da er das Haus seit 33 Jahren kennt. Er ist für den Erhalt und sieht eine Erweiterung. Die Schließung über einen längeren Zeitraum ist nicht gut, es muss beim laufenden Betrieb erfolgen. Herr Warnick kritisiert die Beschlussvorlage, die bisher nie breit in den Fraktionen diskutiert wurde. Er hätte sich eine Arbeitsgruppe dazu gewünscht. Herr Warnick kann sich deshalb hierbei nur enthalten.

Frau Richel stellt nachfolgende Fragen, die Frau Braune an den Fachbereich weiterleitet:

- Sind die hier aufgeführten Personalkosten von 21.000 EUR für den ehemaligen technischen Mitarbeiter?
- Ist Frau Stern in den Personalstellen dabei?
- Erfolgt die Bezahlung nach Tarifen im öffentlichen Dienst?
- Sind die 60.000 EUR für die zusätzliche Person (58.000 EUR oder Bestandteil in dem Betrag von 132.000 EUR)?
- Der Träger kann 50% Förderung vom Landkreis erhalten. Die Berechnung der Differenz ist nicht eindeutig. Es muss ersichtlich sein, was die Gemeinde als Zuschuss zahlt.

Frau Richel sieht es nicht so, dass die Vorlage zerredet wird. Sie sieht im Toni Stemmler eine Einrichtung mit Lebensqualität für Menschen im hohen Alter.

Herr Gutheins weist darauf hin, dass von dem im Beschlussvorschlag genannten Betrag von 323.000 EUR nicht ersichtlich ist, wofür er benötigt wird.

Grundsätzlich wurde von den Mitgliedern des Finanzausschusses angemerkt, dass die Beschlussvorlage von der Verwaltung schlecht vorbereitet ist und es viele Unstimmigkeiten gibt.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 042/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 042/23 erfolgt mit 0 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Frau Schwarzkopf, Frau Richel, Frau Rose, Herr Templin, Herr Gutheins und Herr Warnick

**TOP 8**

**Errichtung von drei Trinkwasserspendern in Kleinmachnow**

**DS-Nr. 085/23**

**Beschlussvorschlag:**

- 1) An den drei Standorten
  - Freifläche vor den Kammerspielen (Karl-Marx-Straße/ Uhlenhorst),
  - Rathausmarkt (Förster-Funke-Allee/ Adolf-Grimme-Ring) und
  - Puschkinplatz (Zehlendorfer Damm/ Käthe-Kollwitz-Straße)sollen öffentliche Trinkwasserspender (TWB – Trinkwasserbrunnen) aufgestellt werden.
- 2) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ (WAZV) als dem für die Trinkwasserbereitstellung zuständigen Träger einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Aufstellung und zum Betrieb der drei Trinkwasserspender abzuschließen.

- 3) Zur Deckung der Kosten, die dem WAZV im Zusammenhang mit den drei Trinkwasserspendern entstehen, sind im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von 70.000 EUR bereitzustellen.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss: 8 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen  
Umweltausschuss: 5 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Gutheins informiert darüber, dass er die Beschlussvorlage im Umweltausschuss abgelehnt hat. Es stellt sich die Frage, warum gleich 3 Trinkwasserspender aufgestellt werden sollen. Warum kann man nicht erst mit einem am Rathausmarkt beginnen und wenn es eine positive Resonanz gibt, dann eine Erweiterung vornehmen.

Frau Richel möchte zum Vertrag gern wissen, wer ist der Eigentümer der Wasserspender, wie lange ist die übliche Vertragsdauer und wer ist zuständig bei Havarie bzw. bei Schäden? Herr Priebe fragte nach, ob bei den Kammerspielen mit den Gastronomiebetreibern wegen des Standortes des Spenders gesprochen wurde. Die Frage wird Frau Braune an den Fachbereich weiterleiten.

In der Diskussion gab es den Vorschlag, ob nicht noch ein weiterer Trinkwasserspender am Adam-Kuckhoff-Platz aufgestellt werden kann. In Hitzeaktionsplänen werden Trinkwasserspender berücksichtigt. Die Aufstellung von weiteren Trinkwasserspendern ist besser.

Herr Gutheins stellt einen Änderungsantrag:

*Zunächst soll ein Trinkwasserspender am Rathausmarkt aufgestellt werden, um dies zu testen. Bei positiver Annahme des Spenders sind weitere Spender an weiteren Standorten aufzustellen.*

Herr Warnick stellt den Änderungsantrag von Herrn Gutheins zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 1 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Warnick stellt nun die Drucksache DS-Nr.: 085/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 085/23 erfolgt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Gutheins, Herr Templin, Frau Richel, Frau Rose, Herr Priebe, Frau Pichl, Herr Schellberg, Dr. Vosseler, Herr Weidl und Frau Schwarzkopf

<b>TOP 9</b>	<b>Errichtungsbeschluss zum Bauvorhaben „Grünes Klassenzimmers“, Maxim-Gorki-Gesamtschule (Förster-Funke-Allee 106)</b>	<b>DS-Nr. 063/23</b>
--------------	---	----------------------

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Errichtung eines „Grünen Klassenzimmers“ und einer sog. Calisthenics-Anlage zu (vgl. Anlage 2, Entwurf und Anlage 3, Ausstattungskatalog).
- 2) Die Gesamtkosten des Bauvorhabens betragen nach der Kostenberechnung vom 28.07.2023
  - für das „Grüne Klassenzimmer“ 267.706 € (brutto) zuzüglich Planungshonorar i. H. v. ca. 43.894 €, insgesamt gerundet 315.000 €
  - für die sog. Calisthenics-Anlage 159.184 € brutto) zuzüglich Planungshonorar i. H. v. ca. 26.116 €, insgesamt gerundet 185.000 €.Die investiven Gesamtkosten belaufen sich somit auf 500.000 € (brutto), die im Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt werden.
- 3) Die Maßnahme soll im Jahr 2024 umgesetzt werden.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss:	7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen
Kulturausschuss:	5 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Frau Rose stellt die Frage, ob eine digitale Tafel vorgesehen ist und wo sich der Stromanschluss befindet.

Frau Schwarzkopf findet die Kosten sehr hoch. Die Beschlussvorlage wurde in der Fraktion noch nicht besprochen. Frau Schwarzkopf wird sich demzufolge enthalten.

In der Diskussion stellt sich heraus, dass die Zusammensetzung der Kosten nicht ersichtlich ist. Dies ist im Finanzausschuss aber wichtig.

Herr Warnick findet die Kosten auch sehr hoch. Da die Beschlussvorlage in der Fraktion auch noch nicht besprochen wurde, wird sich Herr Warnick auch enthalten.

Die Fragen werden an den Fachbereich durch Frau Braune weitergeleitet.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 063/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 063/23 erfolgt einstimmig mit 2 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Frau Richel, Frau Rose, Frau Schwarzkopf, Herr Warnick, Herr Fiehler und Herr Schellberg, Dr. Vosseler, Herr Weidl

**TOP 10**

**Errichtungsbeschluss zum Bauvorhaben denkmalgerechte Sanierung und Umbau der ehemaligen ev. Auferstehungskirche Jägerstieg 2 zu einem Museum und einer kulturellen Begegnungsstätte**

**DS-Nr. 064/23**

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zum Vorhaben denkmalgerechte Sanierung und Umbau der ehemaligen ev. Auferstehungskirche Jägerstieg 2 zu einem Museum und einer kulturellen Begegnungsstätte (vgl. Anlagen 2 und 3) zu.
- 2) Die investiven Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich nach der Kostenberechnung, Stand 18.08.2023 auf insgesamt 5.143.000 EUR (brutto, gerundet).
- 3) Die bauliche Umsetzung des Vorhabens erfolgt im Zeitraum 2024/25.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss: 7 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen  
Kulturausschuss: 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage und verweist darauf, dass es im Kulturausschuss einen Änderungsvorschlag gab, der von Seiten der Vorsitzenden des Kulturausschusses noch nicht unterschrieben wurde. Das Abstimmungsergebnis ist

4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Beim Änderungsvorschlag geht es darum, dass beim Teilsatz „.... und einer kulturellen Begegnungsstätte“ dies aus dem Betreff und im Beschlussvorschlag unter Punkt 1 zu streichen ist.

Herr Templin wundert sich darüber, dass unbedingt diese Beschlussvorlage jetzt noch behandelt werden muss. Es hätte doch ausgereicht, dass alles im Haushalt 2024 berücksichtigt wird. Somit wäre auch kein 2. Nachtragshaushalt 2023 notwendig gewesen. Herr Templin sieht in erster Linie die Abarbeitung der pflichtigen Aufgaben und dann erst die freiwilligen Aufgaben, zu denen das Museum gehört. Herr Templin lehnt die Beschlussvorlage ab und damit auch die Beschlussvorlage zum 2. Nachtragshaushalt 2023.

Frau Schwarzkopf führt aus, dass die drei Vereine sich konkret schon in die Planung eingebracht haben. Im Kulturausschuss hat die Verwaltung versprochen, dass noch in diesem Jahr 2023 ein Konzept und ein Plan für Meiereifeld 33 vorgestellt werden wird. Frau Schwarzkopf sieht die Entwicklung des Museums auf dem guten Weg und bittet um Zustimmung.

Herr Priebe sieht die Kosten für die Sanierung von jetzt 5 Mio. EUR und bei Fertigstellung vielleicht bei 6 Mio. EUR als große Geldverschwendung. Das sind pro Verein 2 Mio. EUR. Frau Richel bittet um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Herr Warnick führt aus, dass er der Beschlussvorlage auch zustimmen wird, auch, wenn die Definition des Museums nicht eindeutig ist. Bei dem Gebäude muss etwas gemacht werden, unabhängig seiner Nutzung.

Herr Priebe hat nachfolgende Fragen an die Verwaltung, da Eigentum verpflichtet:

- Wie sieht die Verpflichtung der Kirche bei dem Eigentum aus? Was steht

dazu in der damaligen Beschlussvorlage?

- Für wieviel hat die Kirche das Grundstück seinerseits gekauft?

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 064/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 064/23 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Frau Schwarzkopf, Herr Warnick, Herr Gutheins, Herr Weidl, Herr Priebe, Herr Templin und Frau Richel

**TOP 11**

**Errichtungsbeschluss zum Bauvorhaben Umbau und Instandsetzung des Landarbeiterhauses Zehlendorfer Damm 200 (Haupthaus)**

**DS-Nr. 066/23**

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Sanierung des Landarbeiterhauses Zehlendorfer Damm 200 – Haupthaus – einschließlich Ausbau des Dachgeschosses zu einem Veranstaltungsraum für bis zu 100 Personen zu (vgl. Anlage 2 - 4, Entwurfsplanung und Anlage 5, Kostenberechnung vom 09.08.2023).

Die investiven Gesamtkosten des Bauvorhabens betragen nach der Kostenberechnung vom 09.08.2023

1.100.000 € und werden im Haushalt 2024 veranschlagt.

Die Maßnahme wird im Jahr 2024 begonnen und umgesetzt.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss: 6 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Kulturausschuss: 6 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Fiehler erläutert, dass im Bauausschuss mitgeteilt wurde, dass der Nutzer Kultraum den Dachausbau nicht benötigt.

Frau Schwarzkopf ergänzt, dass im Kulturausschuss mitgeteilt wurde, dass die beiden Nutzer die Bespielung des Dachgeschosses nicht auslasten und dementsprechend dies über den Fachbereich SKS nach Aussage von Frau Weger erfolgen soll. Das Haus steht unter Denkmalschutz.

Herr Priebe stellt folgende Fragen:

- Mit welchem Bilanzwert steht das Haus in der Bilanz?
- Wie sieht die Alternativrechnung aus, wenn die Sanierung mit 1,1 Mio. EUR vorgenommen und das Haus mit einer anderen Nutzung versehen wird? Wie hoch ist dann der Wert des Hauses?

- Erfolgt die Sanierung bei laufendem Betrieb oder erfolgt eine Schließung? Was wird genau saniert? Diese Frage wird von Frau Braune an den Fachbereich weitergeleitet.
- Frau Medczinski verlässt um 20:38 Uhr die Sitzung.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 066/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 066/23 erfolgt einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Templin, Herr Fiehler, Herr Priebe, Frau Schwarzkopf, Herr Gutheins und Frau Richel

**TOP 12**

**Zehlendorfer Damm 215 Alte Hakeburg, Festlegungen zur künftigen Entwicklung des Grundstücks**

**DS-Nr. 068/23**

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Das gemeindeeigene Grundstück Zehlendorfer Damm 215 (Alte Hakeburg; Gemarkung Kleinmachnow, Flur 13, Flurstück 393, vgl. Anlage 1, Übersichtskarte) wird in absehbarer Zeit zur Erfüllung kommunaler Aufgaben nicht benötigt.
- 2) Für das Grundstück soll daher ein Erbbaurecht bestellt werden. Die Vergabe des Erbbaurechts ist an die Bedingungen zu knüpfen, dass die Alte Hakeburg
  - a) in einem noch festzulegenden Zeitraum wiederaufgebaut wird, dabei
  - b) die denkmalrechtlichen Vorgaben und die Festsetzungen des Bebauungsplanes KLM-BP-007 „Altes Dorf“ – unter Berücksichtigung der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes gemäß DS-Nr. 069/23 – eingehalten werden und
  - c) die für das Verständnis der Ortsgeschichte interessanten Teile des wiederaufgebauten Gebäudes mindestens einmal jährlich am bundesweiten Tag des offenen Denkmals der Öffentlichkeit zur Besichtigung zur Verfügung stehen.
- 3) Der Bürgermeister wird beauftragt, ein entsprechendes Vergabeverfahren durchzuführen. Das Ergebnis einschließlich eines entsprechenden Entwurfes des Erbbaurechtsvertrages ist der Gemeindevertretung zur Beratung und Billigung vorzulegen.

Diese Beschlussvorlage wurde im Bauausschuss wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Warnick mahnt an, dass in der Beschlussvorlage der Ablauf nicht beschrieben ist, dass es jemanden gibt, der die Alte Hakeburg wieder aufbauen möchte.

Frau Braune unterstrich nochmals, dass es in der Beschlussvorlage um die grundsätzliche Zustimmung für den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages geht und dementsprechend ein Vergabeverfahren eingeleitet wird. Im Bauausschuss wurde festgelegt, dass ein Ent-

wurf eines städtebaulichen Vertrages zusammen mit dem Erbbaurechtsvertrag notwendig ist.

Frau Richel lehnt die Beschlussvorlage ab. Das Interesse der Gemeinde ist nicht ersichtlich. Herr Templin sieht nicht die Notwendigkeit, dass dieses Denkmal abgegeben werden soll. Er lehnt die Beschlussvorlage ab.

In der Diskussion stellte sich heraus, dass das Interesse der Gemeinde nicht ersichtlich ist. Die Dauer des Erbbaurechtsvertrages ist nicht klar. Es liegt hier nach jetzigem Stand keine Sicherheit vor, dass es auf die denkmalgerechte Errichtung der Alten Hakeburg hinausläuft.

Herr Warnick lehnt die Beschlussvorlage ebenfalls ab.

Herr Priebe plädiert dafür, dass die Beschlussvorlage abgelehnt wird, da noch nicht eindeutig klar ist, was dort geschehen soll.

Frau Richel stellt den Geschäftsordnungsantrag für Ende der Rednerliste. Dieser wird einstimmig abgestimmt.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 068/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 068/23 erfolgt einstimmig mit 0 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Templin, Herr Fiehler, Herr Priebe, Frau Schwarzkopf, Herr Gutheins, Herr Warnick, Frau Pichl, Dr. Vosseler, Herr Weidl und Frau Richel

### **Pause von 21:23 Uhr bis 21:31 Uhr**

- Frau Schwarzkopf verlässt in der Pause die Sitzung.

**TOP 13**

**Verbesserung der Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung, Planungs- und Bauphase B (Errichtungsbeschluss)**

**DS-Nr. 082/23**

#### **Beschlussvorschlag:**

- 1) Der Bürgermeister wird beauftragt, das Bauprogramm gemäß DS-Nr. 066/20/1 v. 17.09.2020, *Verbesserung der Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung, Festlegung des Bauprogramms*, ergänzt durch DS-Nr. 151/20 vom 11.02.2021, in der Bauphase B in den Straßen Feldfichten, Franzosenfichten, Meisenbusch, Rosenhag, Seematen, Steinweg (Abschnitt Wendemarken bis Ernst-Thälmann-Straße) und Wendemarken umzusetzen (vgl. Anlage 1, Übersichtskarte).
- 2) Die investiven Gesamtkosten der Bauphase B belaufen sich nach der aktuellen Kostenberechnung, Stand August 2023, auf insgesamt 12.106.800 EUR (brutto) und sind im Investitionshaushaltsplan 2024 zu veranschlagen.
- 3) In der Haushaltssatzung 2024 ist eine Verpflichtungsermächtigung (VE) i. H. v. 11.259.100 EUR festzusetzen.

- 4) Im Haushaltsplan 2024 sind die Planungskosten für alle Straßen der Bauphase B i. H. v. 847.700 EUR zu veranschlagen. Daneben müssen die Baukostenanteile als Fälligkeiten der VE in der mittelfristigen Haushaltsplanung 2025 bis 2027 in Summe wie folgt veranschlagt werden:  
2025: 3.965.200 EUR (für Wendemarken, Seematen, Rosenhag),  
2026: 6.050.000 EUR (für Wendemarken, Meisenbusch, Franzosenfichten, Steinweg, Feldfichten),  
2027: 1.243.900 EUR (für Franzosenfichten, Feldfichten).
- 5) Die bauliche Umsetzung der Maßnahmen der Bauphase B erfolgt im Zeitraum 2025 bis 2027.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss: 7 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen  
Umweltausschuss: 5 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Templin lehnt die Beschlussvorlage ab. Aufgrund der hohen Kosten soll die Bauverwaltung der Gemeindevertretung einen Vorschlag unterbreiten, wo Kosten eingespart werden können. Es sollten alle betroffenen Gehwege in wassergebundener Decke ausgeführt werden.

Herr Gutheins möchte wissen, in welcher Sprache die europaweite Ausschreibung erfolgt. Herr Warnick stimmt der Beschlussvorlage zu, da eine Mehrheit der Gemeindevertretung die Gestaltung beschlossen hat. Die Entwicklung der Kosten ist eine Frage und die Gestaltung die andere Frage.

Frau Pichl möchte wissen, ob die Kosten komplett vom Land erstattet werden.

Frau Braune führt aus, dass auf Grundlage der Straßenausbau-Mehrbelastungsausgleichsverordnung erst mit Fertigstellung der Straßen eine Erstattung erfolgt und damit die genaue Höhe dann feststeht.

Frau Richel führte aus, dass die Bürger Musterstraßen hatten und die Gemeindevertretung etwas beschlossen hat, was nicht als Musterstraßen vorhanden war. Aus diesem Grund lehnt Frau Richel die Beschlussvorlage ab.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 082/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 082/23 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Templin, Herr Priebe, Frau Pichl, Frau Richel, Herr Gutheins, Herr Fiehler und Herr Warnick

**TOP 14**

**Verbundprojekt kommunale Wärmeplanung**

**DS-Nr. 074/23**

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) Der Bürgermeister wird beauftragt im Rahmen eines Verbundprojekts eine gemeinsame kommunale Wärmeplanung mit der Stadt Teltow zu beauftragen. Die Zusammenarbeit soll durch eine Kooperationsvereinbarung geregelt werden.
- 2.) Für das Verbundprojekt sollen Fördermittel bei dem Projektträger Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH beantragt werden.

Diese Beschlussvorlage wurde im Umweltausschuss wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Frau Richel hat sich mehr konkrete inhaltliche Punkte in der Kooperationsvereinbarung gewünscht. Welche Synergieeffekte gibt es? Die Fragen werden durch Frau Braune an den Fachbereich weitergeleitet.

Herr Fiehler führte aus, dass es bereits in diesem Jahr Fördermittel vom BMWK gibt, die beide Kommunen beantragen können. Es sollte schnell gehandelt werden.

In der Diskussion kam die Befürwortung zu dieser Beschlussvorlage.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 074/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 074/23 erfolgt einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Priebe, Herr Warnick, Herr Weidl, Herr Fiehler und Frau Richel

**TOP 15**

**Kommunale Verpackungssteuer**

**DS-Nr. 076/23**

**Beschlussvorschläge:**

Auf Grundlage des § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wird die anliegende Satzung der Gemeinde Kleinmachnow über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) beschlossen.

**Anlage**

Vorschlag einer Satzung der Gemeinde Kleinmachnow über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung)

Diese Beschlussvorlage wurde im Umweltausschuss wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage. Sie führt aus, dass im Umweltausschuss eine Videoschaltung mit Frau Patzwahl von der Stadt Tübingen stattgefunden hat. Die kommunale Verpackungssteuer ist im Bereich Steuern angesiedelt. Frau Braune informiert, dass die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer einige Zeit mit der Umsetzung (z.B. Gespräche mit Unternehmen führen, Inhalt der kommunalen Verpackungssteuer, Softwareanpassung, Überwachung usw.) benötigt.

Herr Priebe merkt an, dass grundsätzlich etwas für den Klima- und Umweltschutz getan werden muss. Mit dieser Steuer ist die Sinnhaftigkeit zu klären. Des Weiteren sind die Kosten in der Verwaltung hoch. Es wird Frust bei den Unternehmen geben. Er sieht es so, dass damit zwar die Umwelt geschont wird aber auch viele Kosten produziert werden. Aus diesem Grund lehnt Herr Priebe die Beschlussvorlage ab.

Herr Templin sieht mit der Steuer keinen Effekt beim Verhalten mit Einweg im Ort. Er teilt die Ziele, die in der Beschlussvorlage angesprochen werden. Herr Templin lehnt die Beschlussvorschlage ab.

Herr Weidl sieht mit der Einführung dieser Steuer eine Steigerung der Mehrwegquote.

Herr Priebe lehnt die Beschlussvorlage ab. Erst einmal sollte eine Evaluierung hierzu stattfinden. Über die Ziele ist man sich einig.

Frau Richel führt aus, welcher Müll im Ort herumliegt. Sie ist der Auffassung, dass Prioritäten zu setzen sind und momentan diese Steuer nicht benötigt wird.

Herr Jantc erläutert nochmals die Informationen aus der gestrigen Videoschaltung mit der Stadt Tübingen. Die Satzung der Stadt Tübingen hat bis auf zwei Punkte beim Bundesverwaltungsgericht standgehalten. Herr Jantc plädiert dafür, dass der Beschlussvorlage zugestimmt wird.

Herr Weidl sieht als Ziel die Einführung dieser Steuer. Damit muss kein Gastronom eine Steuererklärung abgeben wenn keine Einwegverpackung verwendet wird. Er empfiehlt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 076/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 076/23 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Priebe, Herr Templin, Herr Weidl, Herr Dr. Vosseler, Herr Jantc, und Frau Richel

**TOP 16**

**Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2023; Stichtag 30.06.23**

**INFO 006/23**

Frau Braune erläutert kurz den vorliegenden Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2023; Stichtag 30.06.2023.

Herr Warnick fragt nach, ob die Zahlen für Kleinmachnow, die im gestrigen Zeitungsartikel der MAZ zur aktuellen Faktenlage zu lesen sind, von der Kämmerei stammen. Frau Braune führt aus, dass es hierzu bei der Kämmerei keine Nachfragen gab.

Frau Richel bedankt sich für den erstellten Bericht. Sie merkt an, dass die im Bericht auf Seite 7 genannte Kreisumlage momentan 39,8 % beträgt. Sie hat den Eindruck, dass die Kommunen sich weiterhin für diesen Prozentsatz aussprechen. Eine Änderung der Kreisumlage im Kreis ist ihr momentan nicht bekannt.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen den vorliegenden Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2023; Stichtag 30.06.2023, INFO 006/23, zur Kenntnis.

An der Diskussion beteiligten sich:

Frau Richel und Herr Warnick

**TOP 17**

**2. Nachtragshaushaltssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Kleinmachnow für das Haushaltsjahr 2023**

**DS-Nr. 089/23**

**Beschlussvorschlag:**

Auf Grundlage des § 68 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wird die 2. Nachtragshaushaltssatzung einschließlich des 2. Nachtragshaushaltsplans für die Gemeinde Kleinmachnow für das Haushaltsjahr 2023 in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Diese Beschlussvorlage wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss: 6 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen  
Kulturausschuss: 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen  
Umweltausschuss: 6 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage. Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll gegeben.

Herr Templin betrachtet den Nachtragshaushalt als überflüssig. Der Nachtragshaushalt ist korrekt aufgestellt und transparent vorgestellt. Herr Templin lehnt die Beschlussvorlage wegen der Beschlussvorlage zum Jägerstieg 2 (TOP 10) ab.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 089/23 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 089/23 erfolgt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung.

An der Diskussion beteiligten sich:

Herr Templin

**TOP 18      Anfragen an die Verwaltung**

Es gibt keine Wortmeldung.

**TOP 19      Sonstiges**

Herr Gutheins erläutert, dass im gestrigen Umweltausschuss über die Bielefeld-Verkehrsschilder (Halteverbotsschilder im absoluten Halteverbot) gesprochen wurden. Er informiert, dass Herr Jantc herausgefunden hat, dass es diese Verkehrsschilder in der Straßenverkehrsordnung nicht gibt. Es sind Kosten dafür entstanden. Es ist erst zu prüfen, wie es weitergeht. Frau Richel und Herr Priebe möchten bis zum Hauptausschuss wissen, wie hoch die bereits entstandenen Kosten für die Schilder, weiteres Personal wegen der Kontrollen und die Verfahrenskosten sind.

Frau Braune leitet die Fragen an den Fachbereich weiter.

Kleinmachnow, den 03.10.2023

Klaus-Jürgen Warnick  
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen